

Zeitschrift: Freidenker [1956-2007]
Herausgeber: Freidenker-Vereinigung der Schweiz
Band: 85 (2000)
Heft: 4

Artikel: Giordano Bruno - 400 Jahre darnach [i.e. danach]
Autor: Kaech, Jean
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1041949>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Giordano Bruno – 400 Jahre darnach



Am 17. Februar 2000 – genau 400 Jahre nach Bruno's Tod auf dem Scheiterhaufen – kam in Rom auf der Piazza Campo dei Fiori, wo mitten auf dem grossen Platz das eindrückliche Denkmal des grossen Philosophen der Renaissance steht,

das „andere Italien“ zusammen. Jenes, das gegen die Herrschaft der vatikanischen Kirche protestiert und sich mit den zahlreichen Opfern der päpstlichen Institutionen solidarisiert. Während dreier Tage war etwas los auf dem Campo dei Fiori: Tausende von Italienerinnen und Italienern, oft mit Kindern, kamen vorbei wie an einer Prozession, legten Blumen nieder, hörten die flammenden Reden verschiedenster Oratoren, verfolgten Bruno-Theateraufführungen, sangen mit beim Vortrag antiklerikaler Lieder. Es war - vor allem am Samstag - ein wahres Volksfest, eine lebendige Demonstration gegen die Kirchendiktatur. Am ersten Tag (Donnerstag) lief allerdings organisatorisch einiges schief. Im Vorbereitungs Komitee

(Freidenkerorganisationen, diverse antiklerikale Gruppen, anarchistische Aktivisten und die Stadtbehörden) entstanden Schwierigkeiten, sodass sich die Vertreter der Stadt Rom zurückzogen und ihre Feier auf den Vortag verlegten. Am 17.2. dann zeigte sich, dass die römischen Freidenker den anarchistischen Gruppierungen nicht gewachsen waren, denn diese verfügten über Lautsprecherwagen, Verstärker, aufgebaute Bühne und begingen die Feier auf ihre Weise. Den anderen Gruppen wurde das Mikrofon verweigert. Nun, die italienischen Freidenkergruppen und die angereisten Freunde aus Belgien, Deutschland (Freidenker und Humanisten), Frankreich, Luxemburg, Österreich, Schweiz, Tschechien und

Fortsetzung S. 4

Zur politischen Situation in Österreich

Seit einigen Wochen regiert in Österreich eine Regierung, die aus der konservativen "Österreichischen Volkspartei" (ÖVP) und der von vielen als rechts-extrem bezeichneten "Freiheitlichen Partei Österreichs" (FPÖ) besteht. Der neue österreichische Bundeskanzler, Dr. Wolfgang Schüssel, ist lange vor dieser Regierungsbildung vor einer Regierungsbeteiligung mit der FPÖ des Rechtspopulisten Dr. Jörg Haider von Regierungskollegen aus der EU, den USA, aus anderen Staaten, dem österreichischen Bundespräsidenten, Dr. Thomas Klestil und von vielen bedeutenden Persönlichkeiten im eigenen Land gewarnt worden. Doch blanker Wille zur Macht, gepaart mit politischer Verantwortungslosigkeit trieben ihn und seine Partei, die ÖVP, in diese unseelige Koalition. Uns Freidenkern, Humanisten und

Demokraten lässt diese neue Regierung Arges befürchten. Schon ein kleiner Blick in die Vergangenheit gibt hierzu Gründe. Die Vorgängerpartei der ÖVP in Österreich war die Christlich-Soziale Partei, welche 1934 die klerikal-autoritäre "austro-faschistische" Diktatur unter dem Kanzler Engelbert Dollfuß errichtet und die Demokratie in Österreich ausgeschaltet hat. Neben dem Verbot verschiedener Parteien und Organisationen aus dem demokratischen Bereich und der Arbeiterbewegung wurde als eine der ersten Organisationen schon im Jahr 1933 der Freidenkerbund Österreichs verboten und sein gesamtes Vermögen beschlagnahmt. Bis heute hat es keine Wiedergutmachung dafür gegeben. Heute wie damals wurde eine total unsoziale Politik auf Kosten der sozial Schwächeren eingeschlagen - so wurde etwa die Arbeitsmarktpolitik vom Sozialministerium in das Wirt-

schaftsministerium über- und diesem unterstellt, soziale Errungenschaften wurden abgebaut und der Sozialstaat zugunsten eines autoritären Staates umfunktionierte. Die neue Regierung schlägt heute mit einer ähnlichen Politik die gleiche Richtung ein. Mit der Streichung von Subventionen etwa von auch linksliberalen Zeitschriften war auf Druck der ÖVP schon in der vorhergehenden Regierung begonnen worden. Die vom Bundespräsidenten Dr. Thomas Klestil der neuen Regierung als Bedingung ihrer Angelobung zur Unterschrift vorgelegten Präambel - ebenfalls einmalig in der Geschichte unseres Landes - mit der Verpflichtung auf die Einhaltung der Menschenrechte, demokratischer Grundrechte und einer europäischen Geisteshaltung droht schon jetzt nicht eingehalten zu werden. Den an den Demonstrationen gegen die neue Regierung beteiligten Institutionen,

FortS. S. 3

Kanada trafen sich, legten Blumen nieder und machten dank eines Transparentes, das die Wiener Freidenker mitgebracht hatten, auf sich aufmerksam. Es ergaben sich interessante Diskussionen und Gespräche – ganz international – auch der Generalsekretär der IHEU, Babu Gogineni, war mit Ehefrau aus London angetrieben. Eine Reporterin nahm für eine kanadische Radiostation Interviews auf.

Eindrücklich war vor allem der historische Umzug am Samstag. Angeführt von Kutten tragenden Häschern der Inquisition folgt der zur öffentlichen Verbrennung verurteilte Ketzer in Ketten, dann die klerikalen Richter in violetten Gewändern, der Papst, getragen in einer Sänfte, und weiteres Fussvolk. Alles kommentiert über Lautsprecher für Tausende, die auf dem Platz versammelt waren. Die 9 Strassen, die auf den Platz führen, waren total verstopft von weiteren Teilnehmern an dieser machtvollen Demonstration gegen kirchlichen Totalitarismus. Alles verlief in Würde; das grosse Polizeiaufgebot hatte nicht einzugreifen.

In der römischen Presse und im Fernsehen wurde über den Anlass berichtet. Selbst das Schweizer Fernsehen brachte einen Kurzbericht.

Der Internationale Rat der Weltunion der Freidenker traf sich in Rom zu einer Sitzung, die vor allem dem nächsten Kongress 2002 in Prag gewidmet war. Der tschechische Delegierte, Dr. Josef Haubelt, schilderte die Situation in Prag und stellte für die nächsten Monate konkrete Vorschläge in Aussicht. Jean Kaech

PS. Das mea culpa des Papst ist inzwischen publiziert worden: Mehr als dürftig, die Kirche bleibt heilig, nur einige Söhne und Töchter sind schuldig für den millionenfachen Mord! ... und Giordano Bruno ist immer noch nicht rehabilitiert!

Berlin

Das Bundesverwaltungsgericht hat es der Islamischen Föderation erlaubt, an Berliner Schulen Religionsunterricht zu erteilen. Es bestätigte damit das Urteil des Berliner Oberverwaltungsgerichts vom 4. November 1998 und gibt **grünes Licht für bekennenden Islamunterricht an den öffentlichen Schulen**: Ein Novum in der Geschichte der Bundesrepublik - und ein Urteil mit Signalwirkung.

Über zwanzig Jahre lang verfolgten die Islamisten beharrlich ihre Strategie mit taktischem Geschick und einer guten Öffentlichkeitsarbeit. Kritiker befürchten nun allerdings, die Zulassung der Islamischen Föderation werde dazu führen, dass nun auch zahlreiche andere islamische Gruppierungen dieses Recht für sich beanspruchen.

Das Urteil zum Islam-Unterricht an öffentlichen Schulen Berlins hat die Diskussion über den Status des Religionsunterrichts in der Hauptstadt wieder angefacht. Wie in Bremen und Brandenburg ist in der Hauptstadt Religionsunterricht kein ordentliches Schulfach. Bekennender Unterricht wird hier als Zusatzangebot unter der Federführung der zuständigen Religionsgemeinschaften erteilt.

Die CDU forderte umgehend eine schnelle Einführung von Religion als Wahlpflichtfach. Der Humanistischen Verband (HVD) betonte demgegenüber, dass es keines Wahlpflichtfaches bedürfe, um mit der Islamischen Föderation umzugehen. Die Schulverwaltung habe genügend Mittel in der Hand, um gegen allfälliges undemokratisches Verhalten in der Schule vorzugehen. Die Politik sei jetzt gefordert, die konkreten Vorwürfe gegen die Islamische Föderation zu benennen.

Eine Umfrage der deutschen Ta-

geszeitung taz ergab: Das Interesse türkischer und arabischer Eltern am islamischen Religionsunterricht ist bisher offenbar nicht besonders hoch. An fünf befragten Grundschulen in Kreuzberg und Neukölln sind eine Woche nach dem Urteil noch keine Anfragen von Eltern eingegangen.

Die Islamische Föderation ihrerseits geht davon aus, dass ihre Organisation nach den Sommerferien in fünf bis sechs Grundschulen Unterricht anbieten wird. Es ist aber durchaus möglich, dass sich das Interesse auch in den nächsten Monaten nicht sehr steigern wird. Viele Eltern muslimischen Glaubens schicken ihre Kinder heute in den Lebenskundeunterricht, der vom Humanistischen Verband erteilt wird. Die dort angebotenen Themen – Wertevermittlung, Familie und Freundschaft – sprechen viele türkische Eltern an.

Grund für das Desinteresse könnte auch der muttersprachliche Ergänzungsunterricht sein, der an 102 Schulen in Verantwortung des türkischen Konsulats angeboten wird. Dort sind islamkundliche Elemente ebenfalls enthalten.

Quelle: taz 24.2., 25.2., 2.3.2000

Fürstentum Lichtenstein

Die **Trennung von Kirche und Staat** – mit dem Ziel, den Konflikt mit dem umstrittenen Erzbischof Wolfgang Haas zu lösen – ist im jüngsten Verfassungsentwurf des Fürstenhauses, den jede Haushaltung in den letzten Wochen erhalten hat, kein Thema mehr. Laut Fürst Hans-Adam II. hat sein erster Verfassungsentwurf das konfliktträchtige Thema noch enthalten, doch sei das Fürstenhaus zur Auffassung gelangt, dass aus staatspolitischer Sicht dringendere Fragen gelöst werden müssten.

Quelle: NZZ